

02 Abgabe von Flächen der öfftl. Hand für Logistknutzungen an eine flächen- und energieeffiziente Ausgestaltung knüpfen

Eine aktive Bodenpolitik oder die Übernahme der Trägerschaft in PPP-Logistikprojekten von Städten mit einem Mangel an Logistikflächen kann die Flächenknappheit und den Preisdruck reduzieren. Flankierende oder zusätzliche Massnahmen können die Gewährung finanzieller Beiträge (z.B. zur Bodensanierung) oder die Übernahme von Bürgschaften durch die öffentliche Hand sein. Die Priorität der Logistik bei der Verteilung von Flächen sollte aufgrund der Reduzierung negativer Externalitäten erhöht werden. Sobald die öffentliche Hand oder staatsnahe Betriebe Flächen oder finanzielle Mittel für Logistknutzungen aufgrund eines überwiegenden öffentlichen Interesses (Reduzierung negativer Externalitäten) zur Verfügung stellen, sollte dies unter der Bedingung geschehen, dass bei der Entwicklung die Ansätze der Flächen- und Energieeffizienz in einem bestimmten Mass umgesetzt werden. Als Quelle für finanzielle Mittel für den Landerwerb oder für die Förderung von Logistknutzungen ist die Nutzung von Mehrwertabgaben aus Umzonung von vormals Logistkarealen zu prüfen. Private Grundeigentümer könnten dazu angehalten werden, diese Bedingungen ebenfalls anzuwenden. Zuerst sind dazu Ziel- und Richtwerte aufzustellen. Dies kann schweizweit kooperativ erfolgen. Diese können im Folgenden in Verträgen bei der Abgabe von Mitteln oder Flächen festgelegt werden. Zur Erprobung der aktiven Bodenpolitik zur Abgabe von Logistikflächen können Pilotprojekte in Städten durchgeführt werden, die dieses Instrument bisher nicht kennen. Denkbar ist eine Unterstützung durch kantonale Ämter oder das ARE.

Federführung
Gemeinden



Einzubeziehende Akteure für Umsetzung
Bund, Kanton



Instrumente (insbesondere der öffentlichen Hand)
aktive Bodenpolitik, Konzepte



Wirksamkeit Flächeneffizienz

gering

mittel

hoch

sehr hoch

Realisierbarkeit (technisch, politisch, finanziell)

schwierig

mittel

einfach

sehr einfach